

GÖTTINGER BLÄTTER

01.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

◻ Wir trauern um Reinhard Neubauer!



Reinhard Neubauer
16.2.1942 – 21.11.2018

In seiner Funktion als Verantwortlicher für Kommunalpolitik in Göttingen prägte er auch die die entsprechende Arbeit der DKP in Niedersachsen.

Aber auch als Vertreter der Mieter in der Volksheimstätte auf dem Holtenser Berg war er seit Jahren engagiert. Man kannte Reinhard.

Bei einer bewegenden Trauerfeier am 14. Dezember in der Kapelle am Junkernberg nahmen rd. 100 Menschen Abschied von Reinhard als Ehemann, Vater, Großvater, als Kollege, Genosse, Freund!

Neben Gunnar Siebecke, der die Trauerrede hielt, machten auch Gerd Nier von der WählerInnengemeinschaft sowie Eckhard Fascher von der Partei Die Linke. deutlich, welchen Verlust die linke Kommunalpolitik durch seinen Tod erlitten hat. Linus Müthing würdigte seine Arbeit bei der Selbsthilfe Körperbehinderter.

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Trauer um Reinhard Neubauer	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
ADLER Real Estate	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2019
ist der 19. Januar.
Auslieferung am 24. Januar.

Wir trauern um Reinhard Neubauer, der am 21. November im 77. Lebensjahr verstarb.

Reinhard, der in Hann.-Münden geboren wurde, war Zeit seines Berufslebens Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und mehrfach Betriebsratsmitglied. Seit 1968 Mitglied der DKP, wurde er für seine Partei 1976 und 1981 in den Rat der Stadt gewählt. 1991 zog er als erster Vertreter der WählerInnengemeinschaft „Linke Listen Göttingen“, in der auch die DKP mitarbeitet, noch einmal für fünf Jahre in den Rat ein. Später hat er seine Kompetenzen in die Arbeit der „Göttinger Linke“ – 2008 änderte die WählerInnengemeinschaft ihren Namen – eingebracht.

In der DKP hatte er in den 50 Jahren seiner Mitgliedschaft verschiedene Funktionen, sowohl im Kreis Göttingen als auch im Bezirk Niedersachsen: Er war Kreisvorsitzender in Göttingen, Mitglied des Bezirksvorstandes und danach Vorsitzender der bezirklichen Revisionskommission.

Frank Deppe, Marburg

Kapitalismus der Gegenwart

und die globale Wiederkehr des Autoritarismus

17. Januar 2019, 19:00 Uhr, Ver.di, Groner-Tor-Straße 32

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung

club marx GÖ

Das Rote Zentrum im ersten Halbjahr 2019:

20. Januar 2019, 18.00 Uhr:

Grünkohl Essen mit Karl und Rosa

Anmeldungen bitte bis zum 11.1. an: rotes-zentrum@posteo.de

8. Februar 2019, 19.00 Uhr Filmabend:

„Wo der Himmel aufgeht“. Esther Bejerano und Microphon Mafia in Kuba. Der Filmemacher Tobias Kriele wird dort sein (s. FG-Seite)

1. März 2019, 19.00 Uhr Zum Internationalen Frauentag: Minna Faßhauer – erste Ministerin Deutschlands, Vortrag mit Heide Janicki, BS

April 2019, 19.00 Uhr: Die Häuser denen, die drin wohnen?! Bericht zu den Plänen, das Haus über das Mietshäusersyndikat zu kaufen

3. Mai 2019, 19.00 Uhr: Konzert zum 8. Mai mit Kai Degenhardt
Auf anderen Routen - Lieder gegen den rechten Aufmarsch

Juni 2019: Vortrag zur Rolle des Lüneburger OLG bei der KommunistInnen-Verfolgung während des KPD-Verbotes



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Veranstaltungshinweise

„My Two Polish Loves“ (OmU)

Dokumentarfilm und Gespräch
mit den Filmemacherinnen

Tali Tiller und Magda Wystub

Donnerstag, 10. Januar 2019, 19 Uhr

Kino Lumière, Geismar Landstr. 19,
Göttingen

Veranstaltet von [femko] in Kooperation mit
dem Kino Lumière

Tali begibt sich auf eine bewegende Reise in die polnische Stadt Lodz, um den Spuren ihrer persönlichen und familiären Geschichte nachzugehen. Im Zentrum stehen ihre in Polen aufgewachsene Partnerin Magda und ihre Großmutter Silvia, eine Holocaust-Überlebende, deren Stimme und Erinnerungen die beiden begleiten. Während sie auf der Suche nach lang vergessenen Straßennamen Lodz durchwandern und das ehemalige Ghetto besuchen, entdecken Tali und Magda überraschende Übereinstimmungen in ihrem polnischen Erbe. Der Film geht der Frage nach, wie Erinnerungen an Holocaust und Krieg von Frauen erlebt, erzählt und weitergegeben werden.

Amon — mein Großvater hätte mich erschossen

Lesung und Diskussion

mit Jennifer Teege

Samstag, 12. Januar 2019, 19.30 Uhr

Altes Rathaus, Markt 9, Göttingen

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt
Göttingen

Jennifer Teege erfährt mit 38 Jahren durch einen Zufall, wer sie ist. In einer Bibliothek findet sie ein Buch über ihre Mutter und ihren Großvater Amon Göth. Millionen Menschen kennen Göths Geschichte. Göth war verantwortlich für den Tod tausender Menschen und wurde 1946 gehängt. Jennifer Teege ist die Tochter einer Deutschen und eines Nigerianers. Gemeinsam mit der Journalistin Nikola Sellmair recherchiert sie ihre Familiengeschichte. Schritt für Schritt wird aus dem Schock über die Abgründe der eigenen Familie die Geschichte einer Befreiung.

Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust

Buchvorstellung mit Steffen Hänchen

Freitag, 18. Januar 2019, 19 Uhr

Café Kollektiv Kabale,
Geismar Landstr. 19, Göttingen

Veranstaltet vom Bildungswerk ver.di

Die übergroße Mehrheit der Jüdinnen und Juden, die Ende 1941 auf dem Gebiet des Deutschen Reichs lebten, wurde im Laufe des Jahres 1942 „nach Osten“ deportiert und ermordet. Das größte Transitghetto befand sich in Izbica. In den Ort wurden fast 200 Juden aus sechs verschiedenen europäischen Ländern verschleppt. Parallel zu ihrer Ankunft begannen die Verschleppungen in die Mordlager Sobibor und Belzec. Im Herbst 1942, ein halbes Jahr nach den ersten Deportationen in die Transitghettos waren diese bereits aufgelöst und die Bewohner ermordet. Im Zentrum des Buches stehen die Deportationen nach Izbica, das Geschehen am Ort sowie die Nachkriegsverfahren gegen deutsche Täter und polnische Kollaborateure.

Gedenkkonzert des Projektchores

Synagogalmusik 2018/19

zum Tag des Gedenkens

an die Opfer des Nationalsozialismus

Sonntag, 27. Januar 2019, 17 Uhr

St. Paulus, Wilhelm-Weber-Str. 15,
Göttingen

Musikalische Leitung: Carolin Hlusiak,
Göttingen, und Daniel Kempin, Kantor im
Egalitärer Minjan in der Jüdischen Gemein-
de Frankfurt/M

Veranstaltet von der Gesellschaft für christ-

Wenn die Shoah zum Vogelschiss erklärt wird

Donnerstag, 10. Januar 2019, 19 Uhr
Kino Lumière, Geismar Landstr. 19,
Göttingen

Veranstaltet vom Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Heute ist mit der AfD eine rechtsradikale und geschichtsrevisionistische Partei im deutschen Bundestag vertreten. Ihr Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland bezeichnet „Hitler und die Nazis“ als einen „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Überlebende des KZ Bergen-Belsen verwarfen sich gegen die Beteiligung eben dieser AfD im Stiftungsrat der niedersächsischen Gedenkstätten. Während sich das gesellschaftspolitische Klima immer weiter nach rechts verschiebt, rückt der Zeitpunkt näher, an dem keine Überlebenden des NS-Terrors mehr berichten können. Was folgt daraus? Wie kann sich Erinnerungspolitik dem Rechtsruck entgegenstellen? Müssen Gedenkstätten aufgrund dieser politischen Dynamik zu aktiven politischen Akteurinnen avancieren? Wir diskutieren mit der Schriftstellerin und Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, dem ehem. Leiter der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten Prof. Habbo Knoch und der Historikerin und Publizistin Cornelia Siebeck.

In memoriam

Reinhard Neubauer

16. 02. 1942 - 21. 11. 2018

**Ein Kämpferherz hat aufgehört
zu schlagen.**

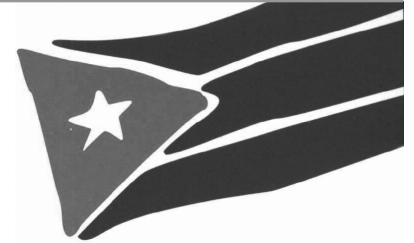
Mit dem Tod Reinhard Neubauers verlieren wir nicht nur einen aktiven Antifaschisten und VVN-BdA-Kameraden, sondern auch einen langjährigen Freund und Genossen.

Statt Kranz- und Blumenspenden sind im Sinne des Verstorbenen Spenden zugunsten der Kuba-Solidarität auf das Konto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erbeten:

IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00,
BIC: BFSWDE33XXX

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

am 15. Januar um 20.00 Uhr im Berliner Hof

► „Lieber Raúl, die uns übertragene Aufgabe wurde erfüllt“

Im Morgengrauen des 7. Dezember trafen zwei Flugzeuge mit 212 bzw. 210 kubanischen Mitarbeitern ein, die Teil des Programm Mais Médicos para o Brasil waren. Autor: Lisandra Fariñas Acosta | lisandra@granma.cu

Nach drei Zwischenlandungen vor dem Sammelpunkt, wo er an Bord der IL96-300 der Cubana de Aviación ging, die ihn nach Kuba zurückbringen würde, quellen die Gedanken von Dr. Rogelio Hernández über von Erinnerungen.



Er lebte zwei Jahre im Südosten Brasiliens, im Staat Pará, zu lange, um seine Erlebnisse in zwei Minuten zu schildern.

Er spricht dann über die Herausforderungen, denen er sich gegenüber sah, was es bedeutete, für eine Bevölkerung verantwortlich zu sein, sich in sie hineinzuversetzen. „Ein Arzt hat keine feste Arbeitszeit“, erklärt er.

Aus all seinen Erinnerungen, fischt er eine heraus. „Es ist nichts wichtiger für einen Arzt, als ein Kind in Empfang zu nehmen. Das ist das Schönste“, sagt er.

Er erzählt von den widrigen Bedingungen, von diesem regnerischen Tag, und wie die Menschen schnell nach dem einzig verfügbaren Arzt suchten. Er erinnert sich eine schwierige Geburt zum Abschluss bringen zu müssen, die bereits in einem Auto begonnen hatte.

Die Augen glänzen. „Dieses Kind trägt meinen Namen. Gott sei Dank lebt es und ist gesund. Ich hatte das Glück, es in meinen Sprechstunden weiterzubehandeln und es wächst gesund auf.“

Rogelio ruft sich aber auch traurige Ereignisse ins Gedächtnis, die Male, an denen er nicht alles tun konnte, was er gerne getan hätte, weil die Entfernung einfach zu groß

war und er nicht rechtzeitig eintraf. Einen Patienten zu retten zu versuchen und bis zum nächstgelegenen Krankenhaus zu begleiten, das bedeutete, von seiner Gemeinde aus eine Strecke von 300 km zurückzulegen

„Nichts erfüllt einen so sehr, wie die Dankbarkeit der Menschen. Sie hätten immer vor Beginn der Sprechstunde gefragt, wie er sich fühle, ob er gut geschlafen habe oder ob er etwas von seiner Familie erfahren habe. Es war sehr schmerzhaft für mich, wegzugehen. Aber noch schmerzhafter ist es, zu wissen, dass nun keiner da sein wird, der ihnen hilft.“

Rogelio kam mit dem Flug Nr. 21, der 212 kubanische Mitarbeiter des Programms Mais Médicos para o Brasil zurück nach Kuba brachte. Fünf Stunden zuvor später kamen mit dem Flug Nr. 22 weitere 210. Damit sind jetzt 4.500 kubanische Ärzte bereits nach Kuba zurückgekehrt.

Innen allen wurde auf dem Internationalen Flughafen José Martí ein herzlicher Empfang bereitet.

Dr. Karel Gómez García erinnerte an Fidel und dass „seine Gegenwart in allem zu spüren ist, was wir tun. Auch Che Guevara kommt mir in den Sinn. Wir können sagen: Lieber Raúl, die uns übertragene Aufgabe wurde erfüllt“, sagte er im Namen seiner Kollegen.

„Wir sind nach Brasilien gegangen, um einem Volk, das unsere Dienste brauchte

und immer noch braucht, Liebe, Leben und Gesundheit zu bringen“, sagte er.

„Sein Präsident, aus seiner Haltung voller Hass und Bosheit heraus, wollte nicht, dass wir unsere Arbeit fortsetzen und hat einen völlig sinnlosen Diskurs begonnen. Kein Mensch auf der Welt stellt unsere Fähigkeiten in Frage. Das wird durch die kubanische Schule der Medizin bestätigt, die Werte und Prinzipien vermittelt, wo man uns Wissenschaft und Wissen lehrt und wo der Humanismus und der Internationalismus blühen, die uns vom Rest der Welt unterscheiden. Unserer Partei, unserer Regierung und unserem Gesundheitsministerium sagen wir: Hier sind wir, die wir mehr als Ärzte sind. Sagt uns, was für andere Aufgaben wir erfüllen müssen“, sagte der Mitarbeiter.

Für Dr. Odisley García repräsentiert die kubanische Medizinschule den Weg der Wissenschaft, der Ethik, der Solidarität und des Humanismus.



Vorankündigung Film:

„Wo der Himmel aufgeht“

Esther Bejerano und die Micophon Mafia in Kuba

Der Film erzählt in einfühlsamen Bildern von einer Begegnung in Freundschaft. Mitreißende Konzertausschnitte machen die Begeisterung spürbar, die das kubanische Publikum einer einzigartigen Frau entgegenbringt, und ihrem Traum von einer Welt, deren Himmel für alle, die unter ihm leben, gleichermaßen aufgeht.

Freitag, 8. Februar, 19.00 Uhr, Rotes Zentrum

(Der Regisseur des Films, Tobias Kriele, wird anwesend sein und Fragen beantworten.)



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

Zur Jahreswende 2018/19:

► Verkämpft im Wohnungskampf?

Was für ein Jahr! Die deutsche Regierung vergeigt eine Landtagswahl nach der anderen. Ihr sozialdemokratischer Juniorpartner verliert seinen angestammten Platz als eine der beiden „großen“ Parteien dieses Landes. Die „Alternative für Deutschland„ (AfD) ist, mit jeweils zweistelligen Ergebnissen, in allen deutschen Landesparlamenten vertreten und in Folge dieser Verschiebungen in den parlamentarischen Kräfteverhältnissen kündigt die Bundeskanzlerin ihren Rückzug auf Raten an.

International sind die Tagträume auch des deutschen linksliberalen Bürgertums, das US-Wahlvolk werde Donald Trumps Wahl zum Präsidenten quasi als Irrtum korrigieren, vor der grinsenden Visage dieses triumphierenden Wahlverlierers geplatzt. In Brasilien beendet die Wahl eines Anhängers der früheren brasilianischen Militärdiktatur zum Präsidenten eine jahrzehntelange Dominanz der linken Sozialdemokratie, die mit der Wahl Lulas begonnen hatte. Es bestätigt sich ein weiteres Mal die schon in den 70er Jahren in Chile blutig gelernte marxistische Einsicht, dass auf eine halb(herzig)e Revolution oft eine ganze Konterrevolution folgt.

Dies alles – die Labilisierung der Kräfteverhältnisse im führenden imperialistischen Staat Europas, die Verfestigung der Rechtsentwicklung in den USA, die drohende Faschisierung in Brasilien und weitere ähnliche Ereignisse auf unserem Globus – ist nicht Ergebnis plötzlicher Genialität rechter Politiker bei gleichzeitig seuchenartiger Demenz der Männer und Frauen, die den Kapitalismus in ihrem Land humaner gestalten wollen. Die politische Ebene ist wie das Kräuseln der Wasseroberfläche. Der Sturm, der sich vor unseren Augen zusammenbraut, entsteht nicht auf der Ebene der politischen Krakelereien. Er hat seine Ursache tief unten in den ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die seit 1989 weltweit allein das

Sagen hat. Der Londoner „Economist“ – sozusagen die FAZ der weltweiten Bourgeoisie, ihr einflussreichstes Organ also – machte bereits im Oktober mit der Frage auf „The next recession – how bad will it be?“ und entfaltete auf mehreren Seiten eine seltsame Mischung aus Alarmglocken und Apathie. Denn, so das Blatt, diese Rezession sei nur eine Frage der Zeit und es werde weitaus schwieriger als 2007/8 sein, sie noch einmal abzuwehren.

Das alles deutet darauf hin, dass wir politisch in eine Phase rauer See geraten. Das gilt nicht nur für die Küstenregionen, die von der sich beschleunigenden Erwärmung unserer Erde am heftigsten betroffen sein werden. Das betrifft auch Menschen wie die im Göttinger Hinterland lebenden, die hoffen, scheinbar weit weg von Meeresstürmen in einem der reichsten Länder der Welt weiter vor sich hinmuckeln zu können. Das wird sich als Irrtum erweisen.

Abstürzende Aktienmärkte führen zu einer Hinwendung reicher Anleger zu Gold und Immobilien, deren Preise folglich steigen. Das schlägt mit Zeitverzögerung auf die Mieten durch. Die befristet in Göttinger Betrieben zu kargen Mindestlöhnen arbeitenden Männer und Frauen, die prekär Beschäftigten dieser Stadt, die Putzkolonnen der Kliniken und Universitäten, die Studentinnen und Studenten, die in Grone und anderswo nach günstigen Mietwohnungen suchen, werden das zu spüren bekommen. Spüren wird die Auswirkungen der sich zusammenbrauenden großen Krise auch unsere Provinzbourgeoisie, die noch größere Schwierigkeiten bekommen wird, die hiesigen Theaterbühnen vor dem Zerfall zu bewahren – was sie mehr bekümmert als die globale Bourgeoisie, die eh' ihre kulturellen Bedürfnisse in Hamburg, New York oder Tokio befriedigt. Der von Trump angeheizte Wettbewerb um möglichst niedrige Unternehmenssteuern, kombiniert mit dem Wettlauf um möglichst große Rüstungsausgaben wird die Spielräume für Investitionen und Bildung und Kultur weiter einschnüren.

Mitgliederversammlungen November/Dezember

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag., 08. Januar, 20:00 Uhr

Friedensfragen

(s. Marx. Blätter, Ausg. 6/18)

MV Dienstag., 22. Januar, 20:00 Uhr

Digitalisierung, Produktivität und Siechtum

Vorankündigung zum 1. März:

Frauentagsveranstaltung der DKP im Roten Zentrum:
Heide Janicki (BS) berichtet über Minna Faßhauer, „Waschfrau - Kommunistin - Ministerin - erste Ministerin in Deutschland“

Bertolt Brecht hat einmal geschrieben, die Linke müsse um das Teewasser kämpfen und um die Macht im Staat. Also kämpfen wir Kommunisten um günstigen Wohnraum in Grone genauso wie um den Erhalt unserer Kulturlandschaft in Göttingen. Darüber hinaus aber wissen wir, dass das alles nichts hilft, wenn nicht die ökonomischen Fundamente unseres Handelns neu gegossen werden. Die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft führt – das wissen wir seit Karl Marx seine Bewegungsform als erste entdeckt hat – zu einem Hinausdrängen der Menschen aus dem materiellen Produktionsprozess. Weil aber Autos – produziert mit immer weniger Arbeitern – keine Autos kaufen können, erlahmt nach der 200jährigen Ausdehnungsphase des Kapitalismus in unserer Zeit dessen innerer Motor. Den Kampf ums Teewasser werden wir immer mehr mit der Forderung nach einem grundsätzlich anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu verbinden haben, wenn wir in den bevorstehenden Stürmen überleben wollen.

Dazu wollen wir nach Kräften beitragen – und freuen uns auch für 2019 über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Wir haben eine Welt zu gewinnen. (ms)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Oh heiliger Investor – Dein Wille geschehe!

Wie die ADLER AG zusammen mit der Verwaltung den Bauausschuss unter Druck stellte und wie die SPD umkippte und die Grünen es bei einer kämpferischen Presseerklärung belassen haben

Die SPD als Genosse der Bosse

Es ist ja nichts Neues, dass die SPD-GenossInnen – eben als GenossInnenen der Bosse – dem Druck des Kapitals nachgeben. Aber hautnah zu erleben, wie desinteressiert die Mehrheit der hiesigen Politik und Verwaltung den Belangen der Geringverdienenden gegenübersteht – das kann immer noch erschüttern. Vor allem, weil sich auch die Grünen widerspruchslos dem Willen des Investors gefügt haben.

Die ADLER hat nur kurz gedroht

Da kommt eine drohende Mail von der Adler Real Estate AG und alle außer Göttinger Linke und den Piratenstimmen im Bauausschuss für den Auslegungsbeschluss der Bebauungspläne in Grone. Und das wird sogar ganz offen und öffentlich von der Bauverwaltung unter dem Motto geäußert: „Der Investor erwartet, dass wir jetzt endlich zustimmen. Sonst wird er vielleicht sein Geld woanders investieren.“

SPD sieht keine Mieterhöhungen

Noch immer, nach fast einem Jahr Öffentlichkeitsarbeit und Protest der Grobiane, der Göttinger Linken und der MieterInneninitiative zusammen mit dem Verein „In Grone“ entblödet sich ein SPD-Mitglied im Bauausschuss zu behaupten: „Die geplanten Aufstockungen führen nicht zu Mieterhöhungen.“ Was ist das? Dummheit, Dreistigkeit oder beides?

SPD im Ortsrat

Zwar hat die SPD im Ortsrat Grone Änderungsvorschläge zu den Aufstockungsplänen der Adler AG eingereicht und damit versucht, die Anzahl der betroffenen Gebäude zu verringern. Bei einer Ortsbegehung hatten die GenossInnen immerhin erkannt, dass die besonders

eng stehenden Gebäude mit weiteren Stockwerken zu verschatteten Häuser-schluchten werden. Hier auf Aufstockung zu verzichten, hätte bedeutet, dass einige MieterInnen weniger vom vollen Betrag der Mieterhöhungen betroffen gewesen wären. Die Bauverwaltung aber hat dieses Ansinnen im Sinne des Investors vom Tisch gewischt und im Bauausschuss regte sich nicht der geringste Widerstand durch die SPD-GenossInnen. Und auch die Grünen, die sich noch im Oktober mit einer richtig kämpferischen und entschiedenen Pressemitteilung an die Öffentlichkeit äußerte, stimmten den Bauplänen mit großer Mehrheit zu.

Preiswerter Wohnraum gesucht

Immer wieder wird dabei das Totschlagcredo „Wir brauchen die 220 neuen Wohnungen, die die Adler bauen will!“ gepredigt. Dafür beugt man sich dann dem Willen des Bauherrn. Es helfen keine wissenschaftlichen Studien des Instituts für Sozialgeografie, kein gesunder Menschenverstand und auch kein Blick in die Wohnungsportale und Zeitungsanzeigen: Überall ist zu lesen, dass vor allem bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist. Auch das einfache Argument, dass diese neuen Wohnungen die vorhandenen Wohnungen unverhältnismäßig teurer machen, weil die Investitionen für die Fahrstuhlkosten auf die Miete geschlagen werden, wollen Sozialdemokraten und Grüne wider alle Logik nicht verstehen.

Brett vor'm Kopf

Warum nicht? Woher kommt dieses Brett vor den Köpfen der KommunalpolitikerInnen der SPD und der Grünen? In anderen Städten wie u.a. in Leipzig oder Berlin, versuchen PolitikerInnen dieser Parteien mit sozialen Erhaltungssatzungen (Milieuschutzsatzungen) bestimmte Wohngebiete vor untragbaren



Mieterhöhungen zu schützen. Es fallen einem keine Antworten mehr ein. „Das sind Fragen, die nur einer hören will, der stören will“, um es mit Franz-Josef Degenhardt zu sagen.

Mieter brauchen Hilfe

Was ist nun zu tun? Proteste haben bisher die Absichten der Adler AG immerhin hinausgezögert. Ein mehr fadenscheiniger als gehaltvoller Sozialrahmenplan ist als Anhängsel im städtebaulichen Vertrag eingefügt. Im Einzelfall können MieterInnen versuchen, Mietnachlass zu bekommen. Überhaupt muss jede/e die individuelle Modernisierungsankündigung, die Anfang nächsten Jahres kommen wird, genauestens prüfen und ihr evtl. in einzelnen Punkten widersprechen. Dabei brauchen die MieterInnen Unterstützung. Dafür muss es Infoveranstaltungen in mehreren Sprachen geben.

Jetzt erst recht!

Aber über diese Mieterberatung hinaus muss auch der Protest weiter gehen! Wie die Vonovia unlängst verlauten ließ, rudert dieses große Wohnungsunternehmen schon etwas zurück, was die Modernisierungen angeht, auch aufgrund der schlechten Presse und der Proteste. Also nicht mit Resignation, sondern mit „Jetzt erst recht“ sollten wir ins neue Jahr gehen. Und dabei Ausschau halten nach neuen Ideen und nach weiteren BündnispartnerInnen! (bs)



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 9. Januar 2019, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe,
Lange Geismar Straße 3, GÖ

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesparteitag
4. Vorbereitung Landesparteitag / Anträge und Voten
5. Europawahl / Anträge zum Wahlprogramm und Ausblick Wahlkampf
6. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen
7. Antrag zur Änderung der Satzung
8. Verschiedenes

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 23. Januar, 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3,
Göttingen

- Nachwahlen zum Sprecher*innen-Rat
- Schwerpunktthema: Vorbereitung Europa-Wahlkampf

Mittwoch, 13. Februar, 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3,
Göttingen

Schwerpunktthema: Antifaschistische Politik

Referent*innen: N.N. (AG Antifa) (angefragt) und Peter Strathmann (Kommunistische Plattform)

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 9. Januar, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Bettina Weigert (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, 24. Januar, 19 Uhr in der Gaststätte Zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, HMÜ
Themen: Kommunalpolitik und weitere Arbeit

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Dienstag, 29. Januar, 17:00 Uhr, Landgasthaus Fricke, Mittelstr. 13, Lenglern
Bei Problemen mit dem Hinkommen bitte bei Marius Fedry melden (vgl. Adressenspalte).

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Nächstes Treffen Dienstag, Dienstag, 15. Januar 2019 im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göt-

Veranstaltung

Kapitalismus der Gegenwart und die globale Wiederkehr des Autoritarismus

Donnerstag, 17. Januar, 19:00 Uhr bei VerDi, Groner-Tor-Str. 32, Göttingen
mit Frank Deppe (vgl. S.1.)

KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: info@solid-goettingen.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

**Europabüro
Lösing**

Europabüro Sabine Lösing

Goseriede 8

30159 Hannover

Telefon: 0511 45008852

E-Mail: hannover@sabine-loesing.de

www.sabine-loesing.de

Rechtsgutachten bestätigt: ▶ **Europäischer Verteidigungsfonds ist illegal**

Sabine Lösing

Mit der Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) sollen künftig Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme aus dem allgemeinen EU-Haushalt finanziert werden. Vorgesehen sind dafür allein im Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 Mittel in Höhe von 13 Milliarden Euro. Zusammen mit der Kofinanzierung durch die Mitgliedsstaaten sollen so insgesamt 48,6 Milliarden Euro für die weitere Militarisierung der Außenpolitik der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden.

Den Plänen zur Einrichtung eines solchen Fonds haben wir als LINKE von Beginn an energisch widersprochen. Denn Artikel 41 (2) des EU Vertrags legt eindeutig fest, dass „Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ nicht vom EU - Budget bezahlt werden dürfen. Diese eigentlich eindeutige Auffassung bestätigt nun auch ein Rechtsgutachten des renommierten Rechtswissenschaftlers Andreas Fischer-Lescano

von der Universität Bremen, das ich vor der entscheidenden Abstimmung zur Einrichtung des Verteidigungsfonds in Straßburg vorgestellt habe. Das Fazit Fischer-Lescanos ist vernichtend. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel erklärte er, hier werde versucht, eine „Militarisierung der EU auf den Trümmern des Rechts“ durchzusetzen. Unter dem Deckmantel der Förderung von Industrie und Wettbewerbsfähigkeit soll die Verteidigungsfähigkeit der EU vorangetrieben werden.

Besonders alarmierend sind die Militarisierungspläne der EU-Kommission mit Blick auf die neuesten Zahlen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI. Demnach sind die weltweiten Rüstungsausgaben im dritten Jahr in Folge gestiegen. Hauptverantwortlich für den Anstieg waren dabei vor allem Europäische Rüstungskonzerne, allen voran die deutschen Waffenschmieden Rheinmetall, Thyssen-Krupp und Krauss-Maffei Wegmann. Mit dem Verteidigungsfonds sollen weitere Milliarden in diese

totbringende Industrie investiert werden. Milliarden, die darüber hinaus für wichtige Projekte im EU-Haushalt fehlen.

Kommission und große Teile des Europaparlaments ließen sich von diesen eindeutigen Argumenten jedoch nicht beeindrucken. Sie brachten im Dezemberplenium dennoch mehrheitlich die Einrichtung des EVF auf den Weg. Ein klarer Rechtsbruch, der den EU-Vertrag mit Füßen tritt und ihn zu einer reinen Kann-Bestimmung degradiert. DIE LINKE wird deshalb nun alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen eindeutigen Rechtsbruch noch zu stoppen. Gemeinsam mit unserer Bundestagsfraktion werden wir prüfen, wie der Verteidigungsfonds vor dem Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden kann.

Das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano und weitere Informationen rund um den EVF und unsere Arbeit dagegen findet ihr auf meiner Internetseite: www.sabine-loesing.de/de/topic/58.verteidigungsfonds-evf.html





► Erstes Regionstreffen mit Delegiertenwahl

Bereits am 17. November hatte in Northeim ein LINKES Regionstreffen der Kreisverbände Göttingen, Northeim, Goslar und Holzminden stattgefunden. Neben einer Diskussion über die Zusammenarbeit der Kreisverbände wurden die Delegierten für die Vertreter*innensammlung zur Aufstellung der Liste zur Europawahl gewählt.

Dies geht auf einen Beschluss des Landesausschusses vom 30. Juni zurück, sieben Regionen in Niedersachsen zu bilden. Grundsätzlich ist es sicherlich sinnvoll, benachbarte Kreisverbände besser zu vernetzen. Nachdem bis 2012 regelmäßige Treffen des KV Göttingen mit Northeim und dem damaligen Kreisverband Osterode stattgefunden hatten, war dies nach dem Ausscheiden des Landkreises Northeim aus den Gesprächen zur Kreisfusion eingeschlafen. Es hatte praktisch keinen Kontakt mehr gegeben, der in dieser Form zu Holzminden und Goslar ohnehin nie vorhanden war. Auch vor oder auf Landesparteitagen hatte es keinerlei Absprachen mehr gegeben.

Anders als die damaligen Treffen wurde die Veranstaltung aber im Wesentlichen vom Landesverband organisiert,

ohne dass die Kreisverbände Göttingen/Osterode und Goslar zwecks Terminabfrage oder Themenabsprache vorher eingebunden oder wenigstens kontaktiert worden wären. Besser wäre sicherlich gewesen, wenn die Kreisverbände selbst das Treffen organisiert hätten.

Immerhin waren etwa 25 Genossinnen und Genossen anwesend, die fast ausschließlich aus Göttingen und Northeim kamen, die Kreisverbände Goslar und Holzminden waren nur sehr schwach vertreten. Der KV Goslar ist nach eigenem Bekunden hin und her gerissen, ob eher eine Vernetzung mit Südniedersachsen oder mit dem Braunschweiger Raum sinnvoll ist, so dass dieser KV eine Art Beobachterstatus bei der Region Südostniedersachsen hat.

Grundlage der Diskussion zur Zusammenarbeit der südniedersächsischen Kreisverbände war ein Papier aus Northeim und Holzminden, das vor allem die Probleme der LINKEN im ländlichen Raum analysiert und mögliche Formen einer Zusammenarbeit benennt. Positiv dazu zu vermerken ist, dass Bürostrukturen in Göttingen als hilfreich auch für die übrigen südniedersächsischen

Kreisverbände angesehen werden. Ein mit dem Kreissprecher*innenrat abgeprochenes Papier von Eckhard Fascher greift dies auf und will die alte Tradition von seminarähnlichen Regionaltreffen mit wichtigen Schwerpunktthemen wieder beleben. Dies stieß durchaus auf ein positives Echo. Abgesprochen wurde, dass ein Gremium aus jeweils zwei Vertreter*innen der einzelnen Kreisverbände diese etwa zweimal im Jahr stattfindenden Treffen vorbereiten sollen. Von Seiten des anwesenden Landesgeschäftsführers Michael Braedt wurde ebenso betont, dass die Kreisverbände in Zukunft die Regionstreffen selbst organisieren mögen. Auch möchten die Kreisverbände ihre Termine austauschen und sich gegenseitig informieren. Die Gesamtkoordination soll die frühere Northeimer Landesschatzmeisterin und Landtagsabgeordnete Marianne König übernehmen, die bis 2004 Mitglied des Göttinger Kreisverbandes und dessen Kreisschatzmeisterin war.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Zusammenarbeit in Zukunft entwickeln wird. Gemeinsame Themen gäbe es genug, zuerst ist hier der ÖPNV zu nennen, der im Verkehrsverbund Südniedersachsen organisiert wird.

Wenig diskutiert wurde über die Europawahl. Einigkeit herrschte aber darin, Johanna Scheringer-Wright als regionale Kandidatin zu unterstützen. Als Delegierte für die Vertreter*innensammlung wurden aus Göttingen Sabine Lösing und Jo Bons (GÖ) gewählt.

.....

Presseerklärung vom 7.12.2018

► Finger weg von der Roten Hilfe!

Der Kreisverband Göttingen/Osterode und der Ortsverband Göttingen der Partei DIE LINKE sowie die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke verurteilen alle demagogische Hetze und alle Kriminalisierungsversuche gegenüber dem Verein Rote Hilfe e.V., mögen sie nun aus dem Bundesministerium des Innern kommen oder sonst woher.

Der Verein Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende, linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, deren Aufgabe es ist, in politisch

motivierten Prozessen Beschuldigten zu helfen, ihre legitimen demokratischen Rechte zu vertreten. Der jetzige Vorstoß aus dem Bundesinnenministerium in Richtung auf ein Verbot dieser größten Solidaritätsorganisation, und dies ausgerechnet unter Berufung auf vom Bundesamt für Verfassungsschutz erhobenes Material, mutet auf morbide Weise doppelt grotesk an: Kann bei dem scheidenden Minister selbst ein ausgeprägter Sinn für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zumindest in Zweifel gezogen werden, so ist bezüglich des erst kürzlich entlassenen Chefs des Inlandsgeheimdienstes, auf

dessen Material eine Verbotsverfügung letztlich beruhen würde, diese Frage bereits obsolet. Wer selbst gestandene Sozialdemokrat*innen mit dem Verdikt des Linksextremismus versehen will, ist schlicht intellektuell wie moralisch nicht in der Lage, zutreffende Aussagen zu Verfassungstreue und rechtsstaatlich-demokratischer Gesinnung zu treffen.

Wir rufen hiermit alle Anhänger*innen eines demokratischen Rechtsstaats und Gegner*innen von staatlicher Willkürherrschaft auf, mit allen ihnen angemessen erscheinenden Mitteln ihrer Solidarität mit dem Verein Rote Hilfe e. V. sichtbaren Ausdruck zu verleihen! Ein mögliches, klares Zeichen ist die Erklärung der Mitgliedschaft.

► Gemeinsame Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden zur Migrationspolitik

Ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit, hatte es am 30.11. eine gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch sowie der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger zum Thema Migrationspolitik gegeben. Dabei scheint das Thema so umstritten gar nicht zu sein. So bekennen sich die Verfasser*innen zum Parteiprogramm mit der Forderung nach „offenen Grenzen“ und zum Grundrecht auf Asyl, die Drittstaatenregelung wird abgelehnt. Dies schließt die Forderung nach sicheren Fluchtwegen ein, mit einer Aufgabe der Flüchtlingsabwehr. Es enthält das Bekenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass selbstverständlich jede*r hier die gleichen (sozialen) Rechte genießen muss.

Zum Thema Arbeitsmigration wurde eine klare Absage an die Abwerbung von

Fachkräften formuliert. Deutlich wird die kritische Haltung zu einer unbegrenzten Arbeitsmigration und der Anwerbung von Hochqualifizierten mit einer gleichzeitig offenen Haltung gegenüber Flüchtlingen in der Position zum UN-Migrationspakt: Wir begrüßen, dass die Vereinten Nationen mit dem UN-Migrationspakt Flucht und Migration als globales Problem anerkennen und unterstützen grundsätzlich alles Bestreben, die Rechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen zu stärken. Gleichzeitig bilden sich in der Vereinbarung die derzeitigen Weltungleichheitsverhältnisse ab. So haben sich die Interessen der Wirtschaftsverbände und des reichen Westens gegen die Interessen der südlichen Halbkugel durchsetzen können, sodass die Ursachen für Flucht und Migration weiterhin unangetastet bleiben werden. Das zeigt sich unter anderem an der Auslegung

der Bundesregierung, die mit dem Pakt effektivere Grenzkontrollen und Abschiebungen rechtfertigt und Arbeitsmigration aus national-ökonomischem Interesse vorantreibt. DIE LINKE kritisiert, dass in dem Pakt die Rechte der Migrant*innen und die Verpflichtungen der Staaten nicht einklagbar sind und die Folgeerscheinungen der Migration wie z.B. „Brain-Drain“ unzureichend thematisiert werden.

Festgehalten wurde aber: „Das Thema Arbeitsmigration wird auch innerhalb unserer Partei intensiv diskutiert“. Laut Katja Kipping in der Süddeutschen Zeitung habe es eine Kontroverse gegeben, ob man Arbeitsmigration beschränken könne oder nicht.

Die Migrationsdebatte soll am 16. Februar bei einer Fachtagung weitergeführt werden.

Dokumentation der Erklärung: <https://www.linksfraktion.de/themen/positions-papiere/detail/gemeinsame-erklaerung-der-partei-und-fraktionsvorsitzenden-anlaesslich-der-tagung-des-parteiivorstande/>

Süddeutsche Zeitung: <https://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-aussprache-bei-linken-fuehrungsstreitschwelt-weiter-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-181130-99-39450>

Aus dem Kreistag

► Schulentwicklungsplanung: Alles bleibt so wie es ist

Ausführlich wurde in der Novemberausgabe berichtet, dass erstmals überhaupt die Landkreisverwaltung einen Entwurf für einen Schulentwicklungsplan vorstellte, der im Wesentlichen den Status quo in der Schullandschaft festschreibt. Hauptkritikpunkt von unserer Seite ist, dass es außerhalb des Göttinger Umlandes nicht möglich ist, Integrierte Gesamtschulen zu besuchen, da das Schulangebot in Hann. Münden, dem Eichsfeld und dem Altkreis Osterode nur das gegliederte Schulsystem vorsieht.

Im Schulausschuss am 29.11. wurde das Papier abschließend beraten und von SPD, CDU, Grünen und FWLG gegen die Stimme des LINKEN-Vertreters Eckhard Fascher beschlossen. Besonders dramatisch: Während der mehrwöchigen Diskussion des Papiers sind im Duderstädter

Raum die Interessenvertreter*innen des gegliederten Schulsystems nochmal richtig auf die Barrikaden gegangen. Man hofft jetzt mit der Schließung der katholischen IGS ausgerechnet die Hauptschule zu retten, die nur noch weniger als 15 Schüler pro Jahrgang hat und deren Schließung bisher als unvermeidbar angesehen wurde. Der Versuch der Duderstädter SPD und Grünen, die Haupt- und Realschule zu einer Oberschule zusammen zu legen, ist am Widerstand der Schulen gescheitert.

Schulschließungen sollen wie bisher vom Kreisausschuss beschlossen werden können und nicht wie von uns beantragt durch den Kreistag. Es soll zwar auch wieder in Badenhausen und Hattorf investiert werden, gesichert ist damit die Zukunft dieser Schulstandorte aber noch lange nicht.

► Aus für Sparkassenfusion

Eines der Lieblingsprojekte von Landrat Bernhard Reuter ist gescheitert: Die Fusion der Sparkassen Hann. Münden, Duderstadt, Osterode und Bad Sachsa ist vom Duderstädter Stadtrat abgelehnt worden. Dort hatte nur noch die SPD dafür gestimmt.

Die Beschäftigten, insbesondere in Hann. Münden, befürchteten einen Arbeitsplatzabbau und erhebliche Verschlechterungen ihrer Beschäftigungsbedingungen, insbesondere durch lange Fahrzeiten. Auch wurde ein Verlust der Bürgernähe durch eine Zentralisierung der Strukturen befürchtet. Aus diesen beiden Gründen wurde die Sparkassenfusion auch von unserer Kreistagsgruppe abgelehnt. In Hann. Münden hatte Michael Kaufmann ebenfalls eine deutlich ablehnende Haltung bezogen.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Der kommunalpolitische Arbeitskreis

Durchaus positiv hat sich seit 1990 die linke kommunalpolitische Präsenz in Göttingen entwickelt. Erst waren es im Stadtrat Einzelkämpfer, seit 2001 gibt es erst eine zweiköpfige, dann seit 2006 eine dreiköpfige Ratsfraktion. Auch im Kreistag gibt es mittlerweile drei Kreistagsabgeordnete. Im Landkreis wurden ParteiLINKE in die Räte von Hann. Münden, Dransfeld, Rosdorf und Herzberg gewählt. Vertreter der Göttinger Linken sitzen seit 2006 in den Ortsräten Grone und Geismar.

Die linke kommunalpolitische Präsenz nimmt kontinuierlich zu, auch wenn es zwischendurch mal eine Stagnation gegeben hat. Anfangs mit hämischen Zwischenrufen bedacht, werden unsere Mandatsträger mittlerweile als Teil der politischen Landschaft Göttingens akzeptiert.

Dabei gelang es mal besser, mal schlechter die Basis in die kommunalpolitische Arbeit mit einzubinden. Erfolgreich war allerdings linke Kommunalpolitik, wenn sie auch von Nicht-Mandatsträgern mit unterstützt wurde, vor allem da linke Kommunalpolitik stets gegen die Verwaltungsspitze und die sie tragenden Parteien durchgesetzt werden musste.

Das Instrument der Zusammenarbeit der an Kommunalpolitik interessierten Genossinnen und Genossen in der Göttinger Linken mit den Mandatsträger*inne*n ist der Kommunalpolitische Arbeitskreis. Hier geht es darum, zu wichtigen Themen ein wirkungsvolles Vorgehen zu entwickeln. Grundsätzlich kann so jeder Genosse oder jede Genossin innerhalb der Göttinger Linken an der Umsetzung linker Kommunalpolitik mitwirken.

Was ist Kommunalpolitik eigentlich?

Was ist eigentlich die Aufgabe einer Kommune wie der Stadt Göttingen, dem Landkreis oder einer Landkreismunicipalität? Dies kann man am besten an praktischen Beispielen verdeutlichen:

- Die Stadt Göttingen ist wie jede Gemeinde für die Planung zuständig, sie kann Bauvorschriften erlassen. Als Erfolg unserer Arbeit werten wir,

dass größere Investoren 30% ihres Wohnungsbestandes bei Neubauten als Sozialwohnungen anbieten müssen.

- Als Schulträger kümmert sich die Stadt bzw. der Landkreis vor allem um die Ausstattung und Räumlichkeiten, für Personal und Pädagogik ist das Land zuständig. Dabei ist es möglich, mit zu entscheiden welche Schulformen es geben soll. Hier konnten wir immerhin erreichen, dass es zumindest in Göttingen keine Haupt- und Realschulen mehr gibt und auch die Gymnasien unter Druck geraten sind.
- Und natürlich sind Kommunen auch für ihre Beschäftigten zuständig: Der Landkreis hat auch aufgrund unseres ständigen Drucks seine Reinigungskräfte besser bezahlen müssen. Auch für Beschäftigte von ausgelagerten Gesellschaften konnten wir im Regelfall, im Zusammenspiel mit den Gewerkschaften, tarifliche Bedingungen erreichen.
- Wer sich für die Umsetzung von Hartz IV interessiert, muss sich übrigens an die Kreistagsabgeordneten wenden, da der Landkreis die zu ständige „Options“-kommune auch für die Stadt ist. Umkämpft ist vor allem die Höhe der angemessenen Mietkosten, wozu wir immerhin einen gewissen Druck aufbauen konnten. Diese Erfolge verdanken wir einen Wechselspiel aus öffentlichem Druck und eigenen Handeln. Ihr seht, auch wenn es manchmal zäh ist, kann man durchaus in der Kommunalpolitik etwas bewirken.

Und wie arbeitet der Kommunalpolitische Arbeitskreis?

Genau mit diesen Themen beschäftigen wir uns im Kommunalpolitischen Arbeitskreis. Hier entwickeln wir mit geeigneten Referent*innen eine gemeinsame Strategie und Vorgehensweise.

Die Treffen sind in der Regel einmal monatlich an einem Mittwochabend, ab 19 Uhr und werden in den Göttinger Blättern auf der Seite der GöLi mit ihren jeweiligen Schwerpunkten angekündigt.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

20. Januar 2019, 18.00 Uhr:

Grünkohl Essen mit Karl und Rosa

**Anmeldungen bitte bis zum 11.1. an:
rotes-zentrum@posteo.de**

Diese Termine sind grundsätzlich öffentlich. Teilnehmen kann man regelmäßig, aber auch nur bei einzelnen Terminen oder bei Themen, an denen Ihr besonderes Interesse habt oder besonders gut Bescheid wisst. Auch besteht die Möglichkeit für sich auszuloten, ob ein kommunalpolitisches Mandat in der nächsten Wahlperiode für einen selbst in Frage kommt. Eure Anregungen können so direkt in die Kommunalpolitik einfließen, auch erfolgt so Kommunalpolitik gleichsam aus einem Guss, da einzelne wichtige Anliegen gleichzeitig in Stadtrat und Kreistag eingebracht werden können. Anders als bei anderen Parteien gibt es ein gemeinsames politisches Programm, die Positionen in einzelnen Themenfeldern werden abgestimmt.

(ef)



Turbulente Zeiten für die GöLinke im Rathaus: Unsere sachpolitischen Themen aktuell sind: die Entwicklungen in Grone, die Schließung der unsäglichen Massenunterkunft von Geflüchteten auf der Siekhöhe und die Weiterentwicklung der Schullandschaft in Göttingen. Was die Situation in Grone angeht, finden wir in dieser Ausgabe eine gute Zusammenfassung der Grobiane. Der parlamentarische Weg in dieser Auseinandersetzung ist vorläufig zu Ende, der Kampf gegen die Gentrifizierung in Grone aber noch lange nicht. Wir sagen jetzt schon den Aktivist*innen in Grone unsere Solidarität und Unterstützung zu, für einen Weg, der sicher schmerzhaft für Etliche sein wird. Den aktuellen Stand der Auseinandersetzung um die Nachfolge der Massenunterkunft Siekhöhe dokumentieren wir hier weiter unten. Zur Entwicklung der Schullandschaft in der nächsten Ausgabe mehr. Personell gibt es im neuen Jahr aber auch einige Veränderungen: Mit **Torsten Wucherpennig** von der ALG bilden wir zukünftig eine Rats-Gruppe und beenden damit die Aufspaltung linker Politik im Rat. Mit dem Ausscheiden von **Gerd Nier** verliert nicht nur der Rat einen der letzten „Typen“, auch uns wird sein Engagement und seine klare linke Sicht auf die Problemfelder der Stadt fehlen. Als Nachfolgerin für Gerd Nier steht **Bärbel Safieh** in den Startlöchern. Endlich auch eine weibliche Note in der linken Ratspolitik, aber auch eine Kämpferin aus und für Grone. Sie saß schon die letzten 2 Jahre für die Fraktion im Jugendhilfeausschuss, was ihr den Einstieg in andere Politikfelder sicher erleichtern wird.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Redebeitrag von Edgar Schu im Rat am 14.12.2018. Kurzfristige Alternative zur Siekhöhe

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im vorliegenden Antrag heißt es:

„Die Verwaltung wird beauftragt mit den Eigentümern ... der Gebäude auf dem ehemaligen Gothaer Gelände Verhandlungen zur Anmietung von Teilen des Komplexes aufzunehmen. Ziel der Anmietung soll es sein, die Unterbringung von geflüchteten Menschen zu ermöglichen.“

Warum stellen wir diesen Antrag?

Die letzten Sitzungen des Sozialausschusses waren von der Diskussion geprägt, dass es deutlich zu wenig Wohnraum für Geflüchtete gäbe. Vorausgegangen sind voreilige Schließungen von Geflüchtetenunterkünften im Verlauf der letzten 12 Monate. Natürlich hat der Mangel an Unterkunftsplätzen auch damit zu tun, dass es in Göttingen insgesamt für alle Menschen mit niedrigen und auch normalen Einkommen viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt.

Weiterhin stand in der Sozialausschusssitzung am letzten Dienstag die heftige Kritik im Raum, dass die Verwaltung sich nun wieder in einer ähnlichen Situation befinde wie im Jahr 2015, als besonders viele Geflüchtete nach Göttingen kamen. Auch damals mussten schnell sehr viele Plätze her. Die Siekhöhe, eine Hochregallagerhalle, wurde für viel Geld als Provisorium ausgebaut, mit allen bekannten Nachteilen, ohne Fenster, ohne Privatsphäre für die Bewohner usw. Sie wird nun endlich geschlossen werden.

Die Kritik im Sozialausschuss dieser Woche entspannt sich nun daran, dass die Verwaltung den Antrag vorlegte, dass 6 Mio. Euro für eine neu zu bauende Unterkunft am Schützenanger für 200 Menschen zügig zur Verfügung gestellt werden sollen. Dabei kann nicht mal sicher gesagt werden, ob diese Unterkunft an dem Ort überhaupt für länger als 3 Jahre stehen bleiben darf. Vorgesehen ist, dass die Unterkunft sehr zügig, in Modulbauweise gebaut werden soll, nicht als normaler Permanentbau aus Stein. Und das für 6 Millionen Euro. Soweit die Probleme, die anstehen.

Als Göttinger Linke denken wir, dass wir uns als Stadt Zeit zum Planen verschaffen sollten, damit wir nicht wieder übereilt und überteuert viel Geld für Provisorien ausgeben. Viel neuer Wohnraum für Geflüchtete und anderer Wohnungssuchenden gleichermaßen ist in Göttingen notwendig.

Wir beantragen daher, dass kurzfristig, zum Überbrücken, bis der eigentliche, im Besitz der Stadt befindliche Wohnraum an anderem Ort gebaut sein kann, die Stadt mit den Eigentümern der Gebäude auf dem ehemaligen Gothaer Gelände Verhandlungen zur Anmietung von Teilen des Komplexes aufnehmen soll, um dort Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen.

Die Gebäude an der Geismar Landstraße, die früher der Gothaer Versicherung gehörten, stehen seit mehreren Jahren überwiegend leer. Die Stadt hat vor kurzem erst mit den aktuellen Eigentümern einen Mietvertrag über einen kleinen Teil des leerstehenden Komplexes geschlossen, um dort für die Zeit des Umbaus des Neuen Rathauses Teile der Verwaltung „zwischenparken“ zu können. Eine Anmietung ist generell also möglich. Wieso sollte die Verwaltung es dann nicht auch schaffen dort noch mehr Raum anzumieten, zumal der Preis für die Eigentümer äußerst lukrativ ist.

Nach einer ersten Begehung der leerstehenden, unvermieteten Räumlichkeiten sollte es nach unserem Eindruck nicht allzu kompliziert sein, die ehemaligen Büroräume für eine begrenzte Zeit als Wohnräume umzuwandeln und herzurichten. Der jetzige Eigentümer hat im Sommer seine Pläne für das Areal vorgestellt. Bis diese aber verwirklicht werden können, geht sicher noch viel Zeit ins Land. Die Verwaltung sollte also im Sinne dieses Antrages mit dem Eigentümer das ernsthafte Gespräch suchen und ggf. in Verhandlungen treten.

► Städtebaulicher Vertrag mit der ADLER Real Estate – ein grund-UN-solider Vertragspartner der Stadt Göttingen

Der Bauausschuss der Stadt Göttingen ist auf seiner Sitzung am 8. November noch dem Beschluss des Ortsrats Grone gefolgt und hat Beratungsbedarf angemeldet - sowohl für den Bebauungsplan Göttingen-Grone als auch für den Städtebaulicher Vertrag „Wohnbauliche Entwicklung in Grone-Nord und Grone-Süd“. Ein erster Erfolg der Initiativen, die sich gegen diese Vorhaben wegen steigender Mietpreise wenden.

Diese Zeit aber hat der Bauausschuss nicht genutzt, um die betroffenen MieterInnen in Grone vor Mietsteigerungen zu schützen. Denn bereits auf der Sitzung am 6. Dezember hat der gleiche Bauausschuss dann dem Bauvorhaben sowie dem Städtebaulichen Vertrag mit dem Immobilienkonzern Adler Real Estate (ARE) den Weg frei gemacht für kostensteigernde Modernisierungsmaßnahmen und Geschosserhöhungen.

Damit besteht die Gefahr einer dramatischen Verschlechterung der Mietersituation in Grone.

In beiden Fällen steht der Stadt als Akteur der Aktienkonzern ADLER Real Estate (ARE) gegenüber. Es gibt bereits zahlreiche Hinweise, mit welchen Konsequenzen für Grone zu rechnen ist:

- Mietsteigerungen von 45% bis zu 55%,
- Verdrängung von Mietern, die sich das nicht mehr leisten können,
- Neubau von Wohnungen, die deutlich teurer werden,
- damit eine massive Veränderung des Mieterspektrums in Grone.

Und es ist unsicher, ob nicht noch mit weiteren Verschlechterungen zu rechnen ist. Denn die ARE ist zwar nicht der größte Immobilienkonzern in Deutschland, aber eine der aggressivsten, um seine Profitziele zu erreichen. Warum? Um das zu beantworten, reicht schon ein etwas längerer Blick auf die Internetseite der ARE.

Zur Finanzlage: Die ARE steht auf wackeligen Beinen. Der Konzern schleppt eine hohe Schuldenlast mit sich herum. Die langfristigen Schulden machten zum 31. Dezember 2017 EUR 2.363,2 Millionen aus. Der Verschuldungsgrad liegt nach dem Gutachten der Ratingagentur S&P von September 2018 deutlich über 65%. Deswegen bescheinigt die Agentur

ARE eine sehr große und risikoreiche Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Gesamtlage und hält finanzielles Engagement bei Adler für sehr spekulativ. Die Gewinne des Unternehmens müssen dringend und schnell gesteigert, die Schulden (noch mit hohen Zinssätzen belastet) zügig abgebaut werden. Wegen dieser angespannten Situation ist bisher noch überhaupt keine Dividende gezahlt worden.

Zur Firmenstruktur: ARE ist ein ziemlich unübersichtliches Konstrukt aus 117 Firmen. Ständig werden Unternehmen abgestoßen und neue dazugekauft, um die Wirtschaftlichkeit des Konzerns zu erhöhen. Für das erste Halbjahr 2018 gibt der Konzern einen Gesamtbestand von 60.900 Wohneinheiten an, damit 11.882 mehr als Ende 2017. Dazu gehört z.B. auch der Göttinger Wohnungsbestand, der durch den Zukauf der Westgrund im Jahr 2015 an ARE ging. Für Göttingen lauten die Zahlen der Wohneinheiten 1.184 für 2017 und im Plan für die Zukunft sind 1.411, also eine Steigerung des Bestands um 19% und damit deutlich höher als im Konzerndurchschnitt mit 7,2%.

Zur Firmenstrategie: Um ihren Schuldenstand abzubauen, verfolgt die ARE im Wohnungsmarkt zwei wesentliche Strategien: Abstoßen von unrentablen Objekten, Zukauf von attraktiven, sprich: gewinnversprechenden Immobilien und Mietsteigerungen. Die ARE zielt mit ihrem Wohnungsbestand vor allem auf kleinere Wohneinheiten in kleineren bis mittelgroßen Städten, setzt also auf Mieter mit mittlerem bis niedrigem Einkommen. Bei Vermietungen in diesem Bereich mit wenig Mieterwechseln sind stetige Mieteinnahmen ohne hohen Aufwand möglich. Und das lässt sich steigern. Der durchschnittliche Mietpreis für den Gesamtbestand der ARE hat sich allein im letzten Jahr um 0,31 € erhöht. Wenn Mieter bei steigenden Preisen für ihre Wohnungen finanziell in Schwierigkeiten geraten, hat die ARE eine Lösung parat (Zitat): Zudem wird das Risiko von Mietausfällen bei Mietern mit geringem Einkommen dadurch begrenzt, dass sie auf Unterstützung der Sozialkassen vertrauen dürfen, wenn sie ihre Miet-

schulden nicht aus eigenem Einkommen begleichen können.

Zum Standort Göttingen: Unter den TOP 20 Immobilienstandorten steht konzernintern Göttingen an siebenter Stelle, also durchaus wichtig. Im ersten Halbjahr 2018 ist der Wohnungsbestand bereits auf 1.377 gestiegen. In diesem Zug konnte in Göttingen die durchschnittliche Miete pro qm von 4,98 € in 2017 auf 5,85 € in 2018 gesteigert werden. Die beantragten Baumaßnahmen in Grone mit Sanierung, Modernisierung, Aufstockung und Neubau bilden die Basis für eine deutlich höhere Gewinnerwartung durch weiter steigende Mieten. Im Brief des Vorstands der ARE zum Geschäftsbericht 2017 wird ausdrücklich Göttingen als Beispiel erwähnt, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Dazu noch ein weiteres Zitat aus dem ARE-Geschäftsbericht 2017, das sicherlich das Motto aller gewinnorientierten Wohnungsbauunternehmen ist und diese Annahme untermauert: Die nach wie vor hohe Nachfrage nach Wohnraum bei knapper werdendem Angebot infolge geringer Baugenehmigungen und Vollausslastung der Baufirmen führt zu steigenden Marktmieten und somit zu höheren Fair Values („übliche Marktpreise“) der Immobilien. Die Chance wird als wesentlich angesehen, da mehr Faktoren für einen Anstieg sprechen als dagegen.

Konsequenzen: Auf der Informationsveranstaltung der Göttinger Stadtverwaltung am 24. 11. 2018 in Grone zu den Plänen der Adler Real Estate ist deutlich geworden, dass von dieser Seite ohne weiteren Druck kein Widerstand gegen überzogene Modernisierungen mit Mieterhöhungen zu erwarten ist. Die Initiative der Groner MieterInnen bleibt deshalb der wesentliche Antrieb, um der aggressiven Wohnungspolitik der ARE die Stirn zu bieten. Die Rechte der Mieter müssen geschützt und mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Dazu gehört auch der Druck auf den Göttinger Stadtrat, über das Baurecht und z.B. den Erlass einer Milieuschutzsatzung dem Investor wenigstens einige Zügel anzulegen. (Chsch)